

Strategische Folgerungen aus dem Krieg in der Ukraine

Burkhard Meißner

Seit Ende Februar 2022 versucht Russland, weite Teile der Ostukraine einzunehmen, die Regierung zu stürzen und die staatliche Selbstständigkeit der Ukraine zu zerstören. Nachdem diese Versuche zunächst misslungen waren und die Ukraine größere Teile ihres Landes zurückerobert konnte, hat sich Russland inzwischen auf einen Krieg zur Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur und zur Abnutzung der ukrainischen Streitkräfte verlegt.

Dieser Krieg wird vornehmlich mit schwerer Artillerie, mit unbemannten Fluggeräten, infanteristisch mit Panzerabwehrwaffen und zunehmend auch mit Panzern geführt; die Wirksamkeit der Luftstreitkräfte wurde wechselseitig bislang durch eine wirksame Luftabwehr begrenzt. Der Krieg hat zu enormen Zerstörungen der Infrastruktur in der Ukraine geführt und zu erheblichen Opfern unter der Zivilbevölkerung sowie zu großen Verlusten an Truppen und Material auf beiden Seiten. Russlands Verluste werden auf bis zu 200.000 Tote und Verwundete geschätzt, die der Ukraine auf etwas mehr als die Hälfte; Russland dürfte mindestens 10.000 Stück Großgerät verloren haben, darunter circa 3.000 Panzer, die Ukraine etwa ein Viertel bis ein Drittel davon. Dass ein Angriff auf Kiew stattfand, hat die politische, publizistische und wissenschaftliche Öffentlichkeit in Deutschland überrascht. Dauer und Verlauf hat man nicht vorausgesehen und vielfach einen schnellen Sieg Russlands erwartet. Überrascht hat der Krieg dadurch, dass er stattfand, durch seinen Verlauf und seine bisherigen Ergebnisse. Einige Lehren aus diesen Überraschungen gilt es, hier thesenartig zu skizzieren:

Der Ausbruch des Krieges war zu erwarten; dass er Politik und Öffentlichkeit überrascht hat, zeigt, dass diese kaum richtig beraten waren; in der multipolaren und multikulturellen Welt des 21. Jahrhunderts sollten Kultur- und Literaturwissenschaften in der Politikberatung künftig eine wichtigere Rolle spielen.

Autor

Prof. Dr. Burkhard Meißner
ist Angehöriger des German Institute for Defence and Strategic Studies, Hamburg.

Foto: MoD UA, 28. Mechanisierte Brigade



BMP-Schützenpanzer der 28. Mechanisierten ukrainischen Brigade

Der Krieg im Donbass tobt, von der europäischen Publizistik weitgehend ignoriert, seit 2014: Das postsowjetische Russland hatte nach 1990 nie mit Interventionen und Expansion aufgehört (Tschetschenien, Kaukasus, Schwarzmeerraum, Zentralasien, Levante). Während Slavisten und Osteuropahistoriker die ideologische, rechtliche und institutionelle Verwandlung Russlands in ein expansives, revisionistisches Imperium und eine militarisierte, kontrollierte Untertanengesellschaft darstellten (nach Ulrich Schmid, „Technologien der Seele“), sprachen die Medien von der „Zivilgesellschaft“ Russlands. Schon 2008 aber hatte Putin in seiner Rede auf dem NATO-Gipfel von Bukarest der Ukraine offen das Existenzrecht abgesprochen. Seit dem 19. Jahrhundert zwischen „Slawophilen“ und „Westlern“ oszillierend, bestimmt die russische Publizistik und Ideologie unter Putins Herrschaft eine Renaissance des großrussischen Imperialismus sowie die Ablehnung jeder „kleinrussischen“ Selbstständigkeit. Zur ideologischen Rechtfertigung bedient sich die russische Regierung vielfach der Ideen des nachrevolutionären Exilautoritaristen Iwan

Iljin von einer historischen Sendung des imperialen, nichtdemokratischen Russlands sowie der panslawistischen Vorstellungen Nikolai Jakowlewitsch Danilewskijs von einem Systemgegensatz zwischen der russischen Kontinentalmacht und dem litoralen Westen. Wladimir Medinskij sorgte 2012 bis 2020 als russländischer Kultusminister dafür, dass sich diese Ideologien im russländischen Schul- und Hochschulwesen etablierten; er wurde später Putins strategischer Berater und 2022 Leiter der Delegation für die Verhandlungen mit der Ukraine. Russlands Kultur und Politik stehen im Bann eines revisionistischen Expansionismus, und spätestens seit dem Ukas Putins über „Traditionelle Werte“ (November 2022) und verstärkt durch die außenpolitischen Leitlinien (März 2023) bekämpfen sie den Westen und seine Lebensordnung auf Dauer.

Um in einer Welt derartiger (aber auch: islamischer, chinesischer und postkolonialer) Konflikte um unser westliches Lebensmodell bestehen zu können, sollten wir uns künftig weniger an kurzfristigen Geschäftsaussichten orientieren, sondern versuchen, die Grundlagen uns fremder Lebensmodelle zu

verstehen. Es gilt, in strategischer Absicht uns fremde Sprachen und Kulturen zu studieren: Arabisch, Mandarin, Russisch, die afrikanische Welt. Von der deutschen Außenpolitik wäre zu wünschen, dass sie mehr als bisher auf Anregungen und Einsichten auch der Kultur-, Literatur- und Geschichtswissenschaften eingeht.

Die deutsche Außen- und Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat dazu beigetragen, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine stattfinden konnte; diese Politik sollte im Interesse des Friedens und der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten ein für alle Mal beendet werden.

Als eines von wenigen Ländern auf Kohle sowie Kernenergie zu verzichten, bevor wirksame Alternativen zur Verfügung stehen, machte Deutschlands Abhängigkeit von Erdgas unausweichlich. Eine „multilaterale“ Außenpolitik zu betreiben, die auf die Interessen der NATO-Partner und Nachbarn wenig Rücksicht nahm, untergrub das Vertrauen in die Kohärenz der NATO. Gegen die erklärten Interessen dieses Partner und der USA selbst nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2014 ein Projekt wie „Nord Stream 2“ zu realisieren, stärkte nicht die westliche Partnerschaft, sondern lud zu deren Unterhöhlung ein. Der Versuch Deutschlands und Frankreichs, durch die Minsker Abkommen eine europäische Binnenregelung für die Ukraine ohne direkte Beteiligung der USA zu implementieren, musste aus zwei Gründen scheitern. Erstens aufgrund der Überschätzung eigener Möglichkeiten. Zweitens aufgrund der Verknüpfung von Waffenstillstandsvereinbarungen (Truppenentflechtung) mit typischen Friedensregelungen (Grenzkontrolle, Volksabstimmungen); ihre so unterschiedlichen Zeitlogiken machten die Verwirklichung aller Bestimmungen zu nichts. Waffenlieferungen an die Ukraine während des russischen Aufmarsches gegen die Ukraine 2021 schließlich abzulehnen, wirkte auf das russländische Vorhaben geradezu einladend. Diese deutsche Politik gegenüber Russland, gegenüber der Ukraine und in der Energiefrage war falsch und sollte daher nicht mehr verfolgt werden; andere Gaslieferanten als Russland und eine Renaissance der Kohle werden die Problematiken von Abhängigkeit und globaler Erwärmung kaum lösen.

In absehbarer Zeit wird Russland seine expansive Ideologie und seine imperiale Orientierung kaum ablegen; Aufrüstung und Abschreckung dürften daher für mehrere Jahrzehnte die europäische Sicherheitspolitik bestimmen.



Ein zerstörter Wohnblock in der Region um Kiew

Foto: President.gov.ua

Die westlichen Staaten verhängen zurzeit keine wirtschaftlichen Sanktionen, von denen sie einen Schaden für die vermeintliche russländische „Zivilgesellschaft“ erwarten würden; pharmakologische und medizinische Güter sind daher von Sanktionen weitgehend ausgenommen. Dass aber eine russische „Zivilgesellschaft“ gegebenenfalls zu Opposition und Korrektur der russländischen Politik bereit und in der Lage wäre, ist unrealistisch: Eine russländische Zivilgesellschaft, die sich gegen den Staat organisieren könnte, gibt es nicht. Was es gibt, sind militarisierte Untertanenverbände, die unter dem Einfluss medialer Propaganda die russländische Regierung in ihrem Angriffskrieg unterstützen. Wenn jene selbst von den Kriegsfolgen direkter getroffen würden, etwa durch Sanktionen auch auf Medikamente, dürfte diese Unterstützung schwächer werden.

Europa dürfte vor einer langen Konfliktphase stehen, in der Russland zwischen Expansion, Kontraktion und sozioökonomischem Zerfall oszilliert. In dieser Zeit sollte der Westen die eigene militärische Ausrüstung massiv verstärken und die Ukraine, soweit möglich und nötig, massiv unterstützen. Es droht eine neue Art des Kalten Krieges, heißer als der Kalte Krieg selbst, in dem es gilt, Europas Kohärenz, den Zusammenhalt mit den USA und der NATO sowie die Selbstverteidigungsfähigkeiten zu stärken.

Die Zahl der menschlichen Opfer und der Umfang der zerstörten Ausrüstung übersteigen die Größenordnungen, die den gegenwärtigen westlichen Verteidigungsplanungen zugrunde liegen. Um abschrecken und künftigen Bedrohungen gewachsen sein zu können, sollten die NATO-Staaten Mitteleuropas erheblich aufrüsten und in größeren Umfängen planen.

Die Ukraine hat bislang etwa doppelt so viele Panzer aus russischen Beständen erobert, wie die Bundeswehr überhaupt besitzt. Die Verluste Russlands an Panzern dürften bis zum Zehnfachen dessen betragen, worüber die Bundeswehr verfügt. Die Zahl der Luftfahrzeuge, die Russland im Krieg verloren

hat, entspricht etwa derjenigen, die die deutsche Luftwaffe hat. Der Umfang der NATO-Truppen, ihrer Ausrüstung und ihrer Logistik sollten für die nächsten Jahrzehnte einer solchen zu erwartenden Bedrohung entsprechend erheblich wachsen. Im Krieg in der Ukraine spielen die in Deutschland jahrelang ohne guten Grund umstrittenen unbemannten Luftfahrzeuge (Drohnen) eine entscheidende Rolle; als ebenso entscheidend erweist sich die Koordination verstreuter Kräfte nach Raum und Zeit (Artillerie) mit Datenbanken und Kommunikationsnetzen. An diesen Erfahrungen sollte sich die europäische Neu- und Umrüstung für die folgenden Jahrzehnte orientieren.

Der Krieg in der Ukraine wird beiderseits mit heterogenen Gruppen von Kämpfern geführt. Gesamtverteidigung und Total Defence bekommen eine neue Funktion.

Der Volkskrieg ist für Clausewitz „Vom Kriege“ eine Form des Verteidigungskrieges: Die Verteidiger gleichen ihre technische und quantitative Unterlegenheit mit Mitteln des Volkskrieges aus, die Angreifer mit Söldnern ihre Motivationsdefizite. Aus dieser Konstellation erwachsen Gefahren von Gräueln und Gewaltentgrenzungen. Nachdem die „Friedensdividende“ verzehrt und der „Frieden“ als Illusion entlarvt ist, sollten Raum- und Gesamtverteidigung und die mit diesen verbundenen Möglichkeiten und Gefahren neu überdacht werden. Die Ukraine hat Hackergruppen, Drohnenkollektive und War-Start-ups in ihre Verteidigung integriert in einer Weise, die in der zur Behörde erstarrten Bundeswehr schwer vorstellbar erscheint. Verfahren und Muster zur Sicherung der Willenseinheit und der Führungsfähigkeit unter Bedingungen, unter denen der Kreis der Kämpfenden die Grenzen und Hierarchien der organisierten Streitkräfte überschreitet, sollten aber auch die deutschen Streitkräfte entwickeln.

Russland hat den Krieg strategisch verloren: Es wird nicht die Ukraine erobern und deren politisches System umstürzen; es wollte eine Erweiterung der

Foto: Bundeswehr Marco Dorow



Der Bundeswehr mangelt es gegenwärtig an Allem, auch an ausreichend Panzerhaubitzen; laut der Wehrbeauftragten Eva Högl besteht ein Investitionsstau in Höhe von 300 Mrd. Euro

NATO verhindern und hat das Gegenteil bewirkt; es wollte eine neue Weltordnung etablieren und die USA aus Europa herausdrängen, hat sich aber selbst innerhalb der bestehenden Mächteordnung marginalisiert.

Die Systemauseinandersetzung mit dem Westen, die die russländische Regierung propagiert, kann sie kaum gewinnen. Den Wiederaufbau der Ukraine wird nicht Russlands schwache Wirtschaft finanzieren, sondern der Westen durch einen Marshallplan oder Ähnliches. Dieser Wiederaufbau und die wirtschaftliche, politische, industrielle und militärische Stärkung der osteuropäischen NATO-Länder

werden einen Kern der europäischen Sicherheitsstrategie der nächsten Jahrzehnte darstellen.

Rüstung und Ausrüstungsbeschaffung der deutschen Streitkräfte werden mit einer Geschwindigkeit vorstangehen müssen, die in den letzten 30 Jahren undenkbar war.

Nach dem Ende des Kalten Krieges erwartete man ein „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama); Frieden, Freiheit und Demokratie schienen durchgesetzt, alle Bedrohungen abwesend und die Geschwindigkeit, mit der Flugplätze, Bahnhöfe, andere Investitionen oder Kriegsschiffe gebaut wur-

den, vernachlässigbar. Wichtiger waren Umwelt, Klima, Gleichstellung, Emanzipation, Genderfragen usw. Das Zeitalter der Friedensdividende war eines der investiven Entschleunigung. Seit 2008 nahm sogar die Zinspolitik der Notenbanken dem Faktor Zeit seinen Preis. Ob Staat und Gesellschaft die „Zeitenwende“ meistern, wird davon abhängen, ob sie zu schnellen Entscheidungen fähig werden: risikobereiter, verantwortungsfähiger. Es wird politischer Auseinandersetzungen über Maßstäbe und Werte bedürfen, geht es doch um eine Reduktion von Konsum und Sozialtransfers und um einen Anstieg von Investitionen, Rüstungsausgaben und Verteidigungskosten. In der Großbürokratie der deutschen Streitkräfte wird Geschwindigkeit bedeuten: eine Auslichtung des Dickichts an Rechtsnormen, das zur Risikovermeidung und Freiheitsbeschränkung eingerichtet wurde. Institutionell heißt dies: Die Schleifung der drei zentralistischen Großbürokratien für Infrastruktur, Personal und Material, die in der Zeit einer Verkleinerung der Streitkräfte als Kontrollorgane geschaffen wurden, deren Verhinderungswirkungen in der gegenwärtigen Lage jedoch anachronistisch sind. ■

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

LAND

FOLGE DEINER BERUFUNG.

Jetzt als Kraftfahrzeugführer/in (m/w/d) bewirb dich bei [bundeswehrkarriere.de](https://www.bundeswehrkarriere.de)

BUNDESWEHR

Hilfe für die Ukraine

Polen liefert weitere zehn Leopard 2 A4 an die Ukraine aus

Der stellvertretende Ministerpräsident Polens und Verteidigungsminister, Mariusz Blaszczak, hat am 10. März auf einer Pressekonferenz in Warschau bekanntgegeben, dass Polen die zweite Tranche von zehn Kampfpanzern Leopard 2 an die Ukraine übergeben hat. Damit seien die 14 von Polen zugesagten Panzer übergeben.



Foto: MoD Polen

Zeitgleich mit den Panzern seien die in Polen ausgebildeten Panzerbesatzungen in der Ukraine eingetroffen. Bereits am 7. März hatte Blaszczak angeboten, dass Polen eine Instandsetzungseinrichtung für die an die Ukraine abgegebenen Leopard 2 aufbaut. Die Werkstatt soll in Anlehnung an den Betrieb des Panzerherstellers Bumar-Labędy in Gliwice (Gleiwitz) entstehen. (gwh)

Deutsche Leopard 2 A6 und Marder 1 A5 sind in der Ukraine

Die 18 von der Bundesrepublik Deutschland zugesagten Kampfpanzer Leopard 2 A6 sind am 27. März in Bergen verladen worden und mitsamt den in Munster ausgebildeten Besatzungen am selben Tag in der Ukraine angekommen. Im Bahntransport waren neben den 18 Kampfpanzern auch zwei Bergepanzer Büffel sowie das Munitions- und Ersatzteilkpaket. Ebenfalls in der Ukraine sind die 40 Schützenpanzer Marder, die die Bundesregierung im Janu-



Foto: Bundeswehr/Haehnel

ar der Ukraine versprochen hatte. Damit hat Deutschland das gegebene Versprechen der Ausrüstung und Ausbildung gepanzerter Verbände für die Ukraine erfüllt. Verteidigungsminister Pistorius erklärte hierzu: „Unsere Panzer sind wie versprochen pünktlich in den Händen unserer ukrainischen Freunde angekommen. Auf uns ist Verlass!“ Der nächste Schritt ist die Lieferung von Kampfpanzern Leopard 1 A5. Diese Gefechtsfahrzeuge aus Industriebeständen werden derzeit in der Industrie instand gesetzt. Für die Finanzierung haben sich Deutschland, Dänemark und die Niederlande zusammengeschlossen. Es ist das Ziel, die ersten Leopard 1 A5 bis zum Sommer bereitzustellen. Bis Jahresende soll die Anzahl auf etwa 80 und im Laufe des Jahres 2024 auf mindestens 100 Leopard 1 A5 erhöht werden. Darüber hinaus wollen Niederlande und Dänemark wollen gemeinsam 14 Kampfpanzer Leopard 2 A4 kaufen und an die Ukraine abgeben. Wie die Verteidigungsministerien beider Länder heute mitteilen, sollen die Fahrzeuge nach der Überholung so schnell wie möglich an die ukrainische Armee geliefert werden, was voraussichtlich im ersten Quartal kommenden Jahres erfolgen werde. Den Angaben zufolge teilen sich die Niederlande und Dänemark die Kosten für den Kauf der Leopard-2-A4-Panzer, die sich auf rund 165 Millionen Euro belaufen. (gwh)

Sechs Leopard 2 A4 in Spanien fertig zur Abgabe an die Ukraine

Die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles hat am 29. März das Parlament unterrichtet, dass die Instandsetzung der sechs Kampfpanzer Leopard 2



Foto: MoD Spanien

A4, die Spanien der Ukraine versprochen hat, abgeschlossen ist und die Panzer nach Polen verschifft und von dort weiter nach Kiew transportiert werden. Sie kündigte an, dass Spanien weitere vier Panzer an die Ukraine abgeben werde. Diese sollen nach Instandsetzung in naher Zukunft der Ukraine übergeben werden. Robles hatte die Panzer wenige Tage zuvor bei Santa Barbara Sistemas, dem spanischen Werk

von General Dynamics European Landsystems (GDELS), in Augenschein genommen. GDELS hatte die Panzer im März aus einem Depot des Heeres erhalten zusammen mit einem Fünf-Millionen-Euro-Auftrag zur Instandsetzung, der bis 31. Mai läuft. Parallel zur Instandsetzung der Panzer hat das spanische Heer seit Mitte Februar 55 ukrainische Soldaten (Besatzungen und Instandsetzer) am Leopard ausgebildet. (gwh)

Ukraine erhält Kampfpanzer M1 Abrams früher

Die US-Kampfpanzer M1 Abrams sollen bereits im Herbst dieses Jahres in der Ukraine eintreffen und nicht erst im nächsten Jahr, wie ursprünglich angekündigt. Möglich wird die beschleunigte Lieferung durch die Wahl eines älteren Panzermodells. Zunächst waren Neubauten der moderneren Version M1A2 vorgesehen. Der



Foto: US DoD

dafür erforderliche Zeitbedarf wird als zu groß beurteilt. Jetzt greift man in enger Abstimmung mit der Ukraine auf eingelagerte M1A1 zurück, die binnen Kurzem vor einer Abgabe aufbereitet werden können, erläuterte der Pressesprecher des Pentagon, Brigadegeneral Pat Ryder. Der M1A1 Abrams verfüge über „sehr ähnliche Fähigkeiten“ wie der M1A2, so Ryder weiter, einschließlich fortschrittlicher Panzerung und Waffensystemen wie eine 120-mm-Kanone und ein schweres 50-Kaliber-Maschinengewehr. Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine haben die Vereinigten Staaten für mehr als 32,5 Milliarden US-Dollar (30 Milliarden Euro) Militärhilfe geleistet. (gwh)

Panzer-Ausbildung auf dem Challenger 2 abgeschlossen

Das britische Verteidigungsministerium hat am 28. März mitgeteilt, dass die Ausbildung der ukrainischen Panzersoldaten am Kampfpanzer Challenger 2 abgeschlossen ist und die Besatzungen in die Ukraine zurückgekehrt sind. Die ersten der